

... und ...

Wöchentliche Erzähler

Bischofsweiler Tageblatt



Anzeigebblatt für Bischofsweiler, Reuland, Sinsheim und Umgebung sowie für die angrenzenden Bezirke. — Wöchentliche Beilagen: Der Bischöfliche Bauwart und Sonntag-Unterhaltungsblatt. — Jahrgang Nr. 12.

... des ...

... des ...

Donnerstag, der 1. April 1920

74. Jahrgang

... des ...

... des ...

Berlin, 31. März. (Eigener Drahtber.) Dem Bolschewiker wird aus Barmen gemeldet, daß die drei sozialistischen Parteien ein Ultimatum der Regierung mit der Proklamtion des Generalstreiks im Ruhrpottal beantwortet haben. Nur die christlichen Betriebe arbeiten noch. Ausschreitungen fanden nicht statt.

Gegehrteil der Eisenbahnbeamten und christlichen Gewerkschaften. Dortmund, 31. März. (Eig. Drahtber.) Die Eisenbahnbeamten und christlich organisierten Arbeiter im Ruhrgebiet sind gegen den Spartakisterror in einen Gegehrteil eingetreten. Die Streikenden haben sich jedoch betzelt erklärt, gegebenenfalls Posttransporte zum Bekehrreis-Kommando nach Münster zu befördern.

Regierungskrise in Dänemark

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, forderte der König am Sonntag nach einer längeren Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Jørgen über die nord-schwedische Politik der Regierung, daß diese ihr Abschiedsgesuch einreiche. Jørgen lehnte dies ab. Darauf erklärte der König dem Ministerpräsidenten Jørgen den Abschied und beauftragte den Führer der Partei der Unken, Høegh, mit der Bildung der neuen Regierung. Høegh erklärte nach zweistündiger Bedenkzeit sich außerstande, den Auftrag auszuführen. Darauf hat der König die bisherige Regierung bis Geschäfts weiter zu führen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was von Jørgen abgelehnt wurde. (Die bisherigen Regierungsparteien waren die sozialdemokratische und bürgerlich radikal.) Daraufhin veranstalteten die Gewerkschaftsausschüsse am Montag eine Versammlung, in der eine Entschliessung angenommen wurde, die verlangt, daß die Verfassung des Landes geändert, daß das vom König verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt und der Reichstag einberufen wird, um das Wahlgesetz fertig zu behandeln. Wenn diesen Forderungen bis Dienstag 1/10 Uhr nicht nachgegeben ist, soll die Verfassung der Vereinigten Gewerkschaften den Vorschlag auf sofortigen Eintritt in den Generalstreik in allen Zweigen des Wirtschaftslebens unterstreifen. Der König hat jedoch das Ultimatum abgelehnt, wie nachstehende Meldungen berichten.

wib. Kopenhagen, 30. März. Der König hat das Ultimatum abgelehnt. Die sozialdemokratische Partei hat dem König den Generalstreik für morgen proklamiert. Sie beabsichtigt, ein neues Kabinett zu bilden, um das Kabinett zurück aufzubauen.

Eine weitere Meldung berichtet, daß der König auf seiner Antwort beharre, nach der er nicht der Ansicht sei, einen Staatsstreik begangen zu haben. Abhaltung von Neuwahlen und Bildung eines Ministeriums in Übereinstimmung mit der Weisheit des neuen Volkstehing seien beabsichtigt.

Kopenhagen, 30. März. (B. A. B.) Der König ließ heute mittag den bisherigen sozialistischen Arbeitsminister Steuering zu sich kommen und hatte mit ihm eine Unterredung über die Lage. Der König sprach sein Bedauern über die Entwicklung der Dinge aus. Bis 3 Uhr nachmittags lag die offizielle Ernennung des Geschäftsministeriums noch nicht vor. Der Beginn des Generalstreiks, der für Dienstag festgesetzt war, ist jetzt auf Dienstag mittag verschoben worden. Dienstag vormittag werden die Gewerkschaften eine Massenversammlung abhalten, um über die Durchführung des Generalstreiks zu beraten. Für Dienstag abend 5 Uhr ist von der sozialdemokratischen Partei eine Protestversammlung unter freiem Himmel einberufen worden.

Reine politische Mitteilungen

Die Wahl des Reichspräsidenten. Nach dem in der gestrigen Sitzung der Reichshauptversammlung zur Beratung gekommenen Beschlusse ist die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar und geheim, Wahlberechtigt ist jeder Deutsche innerhalb des Reichsgebietes. Beschlüsse über die Wahl sind die Hälfte aller gültigen Stimmen erforderlich, mangels einer solchen Mehrheit, der im zweiten Wahlgange die meisten gültigen Stimmen erzielt. Bei unentschiedenem Ergebnis über die Reichshauptversammlung wird ein zweites Wahlgang der Reichshauptversammlung am 1. April 1920 in der Reichshauptversammlung abgehalten. Die Wahlberechtigung wird von dem Reichspräsidenten mitgeteilt, es entspricht nicht den Interessen der Unabhängigen und Kommunisten.

Die Tage im Ruhrgebiet

... des ...

... des ...

Generalstreik

wib. Berlin, 30. März. Heute vormittag wurde im Reichstag ein Antrag über den Generalstreik in der Ruhrpottal diskutiert. Der Antrag wurde mit 145 gegen 71 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen. In der Sitzung am 14. April 1920 wurde der Antrag auf Erhebung der Tagesordnung für die Abgeordneten angenommen. Ein Antrag der Sozialisten auf Erhebung der Tagesordnung wurde nicht angenommen. Die Tagesordnung wurde durch den Reichspräsidenten bestätigt. Die Tagesordnung wurde durch den Reichspräsidenten bestätigt. Die Tagesordnung wurde durch den Reichspräsidenten bestätigt.